

## 5. Fortschreibung

# Haushaltssicherungskonzept des Landkreises Uckermark 2006 - 2010

(Ausgangskonzept 2002 – 2006 des Haushalts 2003)



## 1 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 74 Abs. 3 der Gemeindeordnung vom 10.10.2001, zuletzt geändert am 22.06.2005, muss der Haushalt in jedem Haushaltsjahr unter Berücksichtigung von Fehlbeträgen aus Vorjahren ausgeglichen sein.

Kann nach § 74 Abs. 4 der Gemeindeordnung der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden, ist ein Haushaltssicherungskonzept für den Verwaltungs- und Vermögenshaushalt aufzustellen und darin der Zeitraum zu beschreiben, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht wird. Außerdem sind die Maßnahmen darzustellen, durch die der im Verwaltungshaushalt entstandene Fehlbedarf abgebaut und das Entstehen eines neuen Fehlbedarfs im Verwaltungshaushalt künftiger Jahre vermieden wird.

Das Haushaltssicherungskonzept dient dem Ziel, im Rahmen einer geordneten Haushaltswirtschaft die künftige dauernde Leistungsfähigkeit des Landkreises zu erreichen. Es wird vom Kreistag beschlossen und bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde.

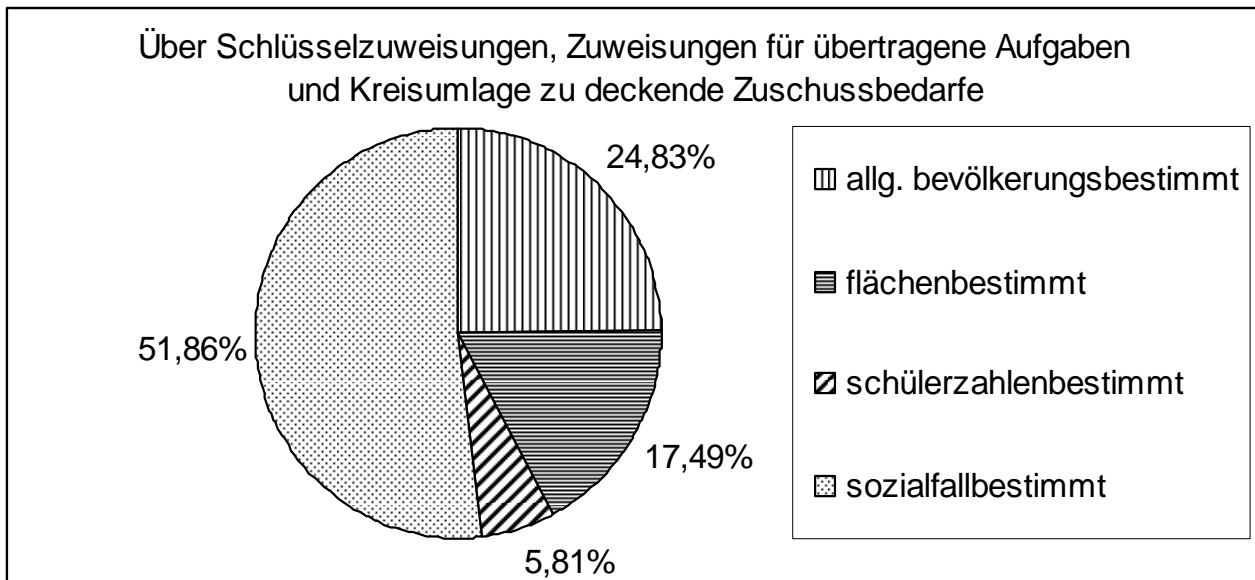
Bei der Aufstellung des Haushaltssicherungskonzepts ist der Runderlass in kommunalen Angelegenheiten, Ministerium des Innern, Nr. 5/2000, über die Aufstellung, Ausgestaltung und Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten zu beachten. Gemäß Ziffer 2.2.1 ist im Haushaltssicherungskonzept verpflichtend der Zeitraum festzulegen, in dem der formelle Ausgleich des Verwaltungshaushaltes wiedererlangt werden kann.

Mit dem Beschluss durch den Kreistag entsteht eine Selbstbindung des Landkreises an die Spar- und Konsolidierungsmaßnahmen, von denen nicht ohne erneuten Beschluss abgewichen werden darf.

Das Haushaltssicherungskonzept bedarf einer ständigen Fortschreibung. Die Fortschreibung hat jährlich zu erfolgen bis zu dem Zeitpunkt, zu dem der materielle Ausgleich wieder erreicht werden kann.

## 2 Einleitung

Die über allgemeine Deckungsmittel zu deckenden Zuschussbedarfe des Landkreises Uckermark weisen gemäß Haushaltsplan 2007 folgende Struktur auf:



Mit einer um 54 % über dem Landesdurchschnitt liegenden Arbeitslosenquote (LK Uckermark 25,6 %, Landesdurchschnitt 16,5 %) und einer um 54 % über dem Durchschnitt der anderen Landkreise liegenden Fläche ist die finanzielle Sonderbelastung der Uckermark bereits vorbestimmt, denn diese Sonderlasten werden nicht ausgeglichen, wenn Zuweisungsbeträge vorrangig nach dem Verteilerschlüssel „Einwohnerzahlen“ ermittelt werden.



Da die eigenen Einnahmen des Landkreises trotz wirtschaftlicher und sparsamer Haushaltsführung und trotz der Konsolidierungserfolge aus der Umsetzung bisheriger Haushaltssicherungskonzepte den Bedarf nicht decken, um die stetige Aufgabenerfüllung gemäß § 74 GO zu sichern, sah sich der Landkreis Uckermark gezwungen, mittels Beschwerde vom 28.12.2005 vor dem Verfassungsgericht des Landes Brandenburg einen Finanzausgleich einzufordern, der seinen Sonderlasten Rechnung trägt und ihm dauerhaft die Aufstellung von ausgeglichenen Haushalten ermöglicht.

Zusätzlich wurde ein Antrag auf Bedarfszuweisungen nach § 16 BbgFAG gestellt, um einen Teilausgleich für die Soziallasten der letzten drei Jahre und den nicht sachgerechten horizontalen Finanzausgleich nachträglich zu bewirken.

Der Landkreis wird weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, um aus eigener Kraft seine Haushaltssituation zu verbessern. Ob die Befreiung aus dem Haushaltsnotstand gelingt, wird jedoch erheblich durch die künftige wirtschaftliche Entwicklung und die Unterstützung von Seiten des Landes mittels aufgabenadäquaten Zuweisungen und des Bundes (Beteiligung an den Kosten der Unterkunft) mitbestimmt.

### **3 Ursachen, die zu den Fehlbeträgen geführt haben**

#### **3.1 Tendenzuell sinkende Erstattungen vom Land für übertragene Aufgaben (durchschnittlich -1,40 % p. a.) und nicht sachgerechter Verteilerschlüssel**

Haushaltsstelle	2001 in €	2002 in €	2003 in €	2004 in €	2005 in €	2006 in €	2007 in €
90000.06110	5.815.481	5.404.312	5.450.702	5.423.775	5.273.242	5.237.157	5.237.100

Die Mittel decken in 2007 nur 49 % des aus der pflichtigen Aufgabenerledigung resultierenden Zuschussbedarfs. Der geringe Deckungsgrad entsteht, weil die Mittelzuweisung nach § 24 BbgFAG zu 60 % an Einwohnerzahlen gekoppelt ist.

#### **3.2 Schlüsselzuweisungen vom Land und Zuweisungen aus dem Sozial- und Jugendhilfeansatz nach § 15 BbgFAG**

Haushaltsstelle	2001 in €	2002 in €	2003 in €	2004 in €	2005 in €	2006 in €	2007 in €
90000.04100	24.085.424	25.764.950	21.740.262	21.645.747	22.520.608	24.085.919	25.165.200
90000.06130	0	0	0	0	2.346.975	2.358.451	0
Summe	24.085.424	25.764.950	21.740.262	21.645.747	24.867.583	26.444.370	25.165.200

Der hohe Betrag 2006 resultiert aus der Nachsteuerung infolge des DIW-Gutachtens für zu geringen Finanzausgleich in den Jahren 2003 und 2004. Für 2007 berücksichtigt der Landkreis die Orientierungsdaten des Landes Brandenburg entsprechend der Mitteilung des Ministeriums der Finanzen vom 05.09.2006.

Mehr als die Hälfte (51,86 %) des über allgemeine Deckungsmittel zu deckenden Zuschussbedarfs ist in 2007 sozialfallbestimmt und seit 2001 hat sich der Zuschussbedarf aus den sozialen Leistungen um durchschnittlich 4,1 % p. a. erhöht, während die Personal- und Sachkosten leicht fallenden Trend aufwiesen.

Es ist festzustellen, dass die Landeszuweisungen in den letzten Jahren nicht Schritt hielten mit der Kostenentwicklung im Sozialbereich und somit die Hauptursache für die Defizitauseitung bildeten.

Da die Schlüsselzuweisungen nur auf Basis der Einwohnerzahlen und der Fläche auf die Landkreise aufgeteilt werden, ist bereits vom Berechnungsmodus her ausgeschlossen, dass Schlüsselzuweisungen überproportionale Soziallasten dämpfen könnten.



### 3.3 Sinkende Einnahmen aus Vermögensveräußerung

Haushalts- gruppierung	2001 in €	2002 in €	2003 in €	2004 in €	2005 in €	2006 in €	2007 in €
Gr. 34	477.875	876.897	367.366	359.478	314.487	191.285	25.000

Bis auf sechs erfolglos zum Verkauf angebotene Restobjekte hat der Landkreis sein nicht verwaltungsnotwendiges Immobilienvermögen veräußert. Somit lassen sich keine nennenswerten Beiträge zur Haushaltskonsolidierung aus Vermögensveräußerungen mehr generieren.

### 3.4 Kassenkreditzinsen

Da die Bedienung der langfristigen Kredit- und Leasingverbindlichkeiten nur noch durch Ausweitung der (variabel verzinslichen) Kassenkredit-Inanspruchnahmen gelingt, ist der Landkreis vollumfänglich betroffen von den in letzter Zeit tendenziell steigenden Marktzinsen.

### 3.5 Der hohe Absolutbetrag und die Zuschussbedarfsentwicklung für Leistungen im Sozialbereich ist die Hauptursache für die Fehlbetragswirtschaft

Bereits im Jahr 2001 führte der hohe Zuschussbedarf aus Hilfe zum Lebensunterhalt (11,968 Mio. €) dazu, dass das Haushaltsjahr mit einer Fehlbetragsausweitung endete. Seitdem hat sich der Zuschussbedarf aus den sozialen Leistungen um durchschnittlich 4,1 % p. a. gesteigert und wird in 2007 voraussichtlich 15,5 Mio. € betragen.

Die Anzahl der SGB-II-Bedarfsgemeinschaften hat sich innerhalb eines Jahres im Landkreis Uckermark weniger stark erhöht als im Landes- bzw. Bundesdurchschnitt, doch zu berücksichtigen ist das hohe Ausgangsniveau, mit dem der Landkreis in die neue Leistungsform gestartet ist.

SGB-II-Bedarfsgemeinschaften	April 2005	April 2006	Steigerung
Landkreis Uckermark	14.681	15.949	+ 8,64 %
Land Brandenburg	184.356	210.022	+ 13,92 %
Bundesrepublik Deutschland	3.659.326	4.128.737	+ 12,83 %

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Die erst 2003 neu eingeführte Leistung „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbminderung“ belastet mittlerweile den Kreishaushalt mit 3,55 Mio. € Zuschussbedarf jährlich.



#### 4 Orientierungsdaten des Haushaltssicherungskonzeptes und der Finanzplanung

##### 4.1 Entwicklung der allgemeinen Zuweisungen (Angaben in 1.000 EURO)

###### 4.1.1 Allgemeine Schlüsselzuweisungen

		Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
1	Allgemeine Schlüsselzuweisungen 2007 lt. Schreiben des MdF vom 05.09.06 und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des Bevölkerungsrückgangs (-1,23 %)u. incl. Anteil SJHKV	25.165,2			
2	Steigerung der lfd. Zuweisungen an Gemeinden gemäß Projektion im DIW-Gutachten S. 129		+2,8 %	+1,8 %	+ 1,9 %
3	Bevölkerungsrückgang		(-1,5 %)	(-1,5 %)	(- 1,5 %)
		Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
4	82 % Auswirkung des Bevölkerungsrückgangs auf die Schlüsselzuweisungen unter Berücksichtigung des Flächenansatzes		- 1,23 %	- 1,23 %	- 1,23 %
5	Projektion	25.165,2	25.551,6	25.691,6	25.857,7

Der Landkreis Uckermark geht für die folgenden Haushaltsjahre davon aus, dass basierend auf den mit Schreiben des Ministeriums der Finanzen vom 05.09.06 übergebenen Orientierungsdaten unter weiterer Berücksichtigung der lt. DIW-Gutachten ausgewiesenen notwendigen Steigerungsraten der laufenden Zuweisungen an Gemeinden und eines sich fortsetzenden Bevölkerungsrückganges sich die allgemeinen Schlüsselzuweisungen wie oben dargestellt entwickeln.

Damit wird deutlich, dass erst eine bedarfsgerechte Berücksichtigung bei den Verteilkriterien (Flächenansatz und Sozialkomponente) dem Landkreis Uckermark die vollumfängliche Finanzierung der freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben und der pflichtigen Aufgaben ermöglichen wird.

###### 4.1.2 Zuweisungen für vor dem 05.12.93 übertragene Aufgaben

		IST 2006	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
1	Zuweisungen für vor dem 05.12.93 übertragene Aufgaben	5.237.157				
2	Absenkung des Gesamtvolumens in 2007 ggü. 2006 um 3,226 % lt. Schreiben des MdF vom 04.07.2006		-3,226 %			
3	Bevölkerungsrückgang		( - 1,5 %)	( - 1,5 %)	( - 1,5 %)	( - 1,5 %)
4	60 % Auswirkung des Bevölkerungsrückgangs		- 0,9 %	-0,9 %	- 0,9 %	- 0,9 %
5	Projektion		5.136.448	5.090.220	5.044.408	4.999.008
6	Fortschreibung 2006		5.237.157	5.237.157	5.237.157	5.237.157

Auch bei den Zuweisungen für übertragene Aufgaben geht der Landkreis davon aus, dass er von rückläufigen Zuweisungsbeträgen freigestellt wird. Andernfalls würde sich die schon jetzt gewaltige Lücke zu den zu deckenden Zuschussbedarfen (10,683 Mio. € in 2007) noch weiter vergrößern.



#### 4.1.3 Zuweisungen für ab dem 05.12.1993 übertragene Aufgaben

	Plan 2007	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Zuweisungen für ab dem 05.12.1993 übertragene Aufgaben	554.600	554.600	554.600	554.600

Mit Schreiben vom 06.07.2006 hat der Landkreis Uckermark darauf hingewiesen, dass die bisherigen Zuweisungen für die Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Brandenburgischen Wassergesetz nicht kostendeckend sind und 35.059,18 € für 2006 nachgefordert. Der Landkreis geht davon aus, dass das Land in künftigen Jahren dem strengen Konnexitätsprinzip Rechnung trägt und die Mittelverteilung zugunsten der Uckermark verändert.

#### 4.2 Entwicklung der Kreisumlage (Angaben in 1.000 EURO)

	2003	2004	2005	2006	Plan 2007*	Plan 2008	Plan 2009	Plan 2010
Steuerkraftmesszahl	37.496,3	38.946,4	36.074,6	40.531,2	40.930,0	42.608,1	44.397,7	46.662,0
Steigerung ggü. Vorjahr lt. Steuerschätzung Mai 2006						+4,1 %	+4,2 %	+5,1 %
Schlüsselzuweisungen an Gemeinden	50.389,3	46.234,7	46.555,4	49.433,2	45.403,7	46.675,0	47.515,2	48.417,9
Steigerung lt. DIW-Gutachten S. 129						+2,8 %	+1,8 %	+1,9 %
Umlagegrundlagen	87.885,7	85.181,1	82.630,0	89.964,4	86.333,7	89.283,1	91.912,9	95.079,9
Hebesatz in %	43,74	46,75	46,75	46,75	46,75	46,75	46,75	46,75
Kreisumlage	38.441,2	39.822,2	38.891,3	42.058,3	40.361,0	41.739,8	42.969,3	44.449,9

\* Plan 2007 auf der Basis der Orientierungsdaten vom MdF vom 05.09.2006

Unter Beibehaltung des Hebesatzes werden sich die Absolutbeträge aus Kreisumlage in den kommenden Jahren erhöhen.

#### 4.3 Konsolidierungsziel

Der materielle Haushaltsausgleich ist innerhalb des Zeitraums des Haushaltssicherungskonzeptes – also bis 2010 – nicht erreichbar. Bei Fortführung der Entwicklung könnte das strukturelle Defizit ab 2012 beseitigt sein.

Es werden folgende einzuhaltende Höchst-Fehlbeiträge festgesetzt:

Angaben in T€	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Vortrag Fehlbedarf	37.421,5	37.421,5	41.731,6	48.765,3	54.835,9	58.925,6	59.434,5
Veränderung des Defizits ggü. dem Vorjahr ohne Konsolidierung	4.386,3	10.430,9	13.522,3	14.134,7	14.248,5	12.502,8	13.829,0
Konsolidierungsziel	4.386,3	6.120,8	6.488,6	8.064,1	10.158,8	11.993,9	13.829,0
Höchstfehlbetrag	37.421,5	41.731,6	48.765,3	54.835,9	58.925,6	59.434,5	59.434,5

Lt. Projektion des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (siehe Gutachten Seite 129) wird das Land bis 2010 einen fast ausgeglichenen Finanzierungssaldo ausweisen und die Kommunalhaushalte werden in Summe ebenfalls keine Defizitauseitung mehr erfahren. Es ist also damit zu rechnen, dass sich das Land ab 2011 im Rahmen der Aufgabensymmetrie wesentlich stärker an der Haushaltssanierung der Problemregionen beteiligen kann als bisher.



**5 Abrechnung der einzelnen Maßnahmen Haushaltssicherungskonzept 2005 - 2009**

**5.1 Ausgaben- bzw. Zuschussreduzierung (Angaben in EURO)**

Lfd. Nr. HSK 2002	HHST/UA/Gr.		Bezugsgröße HSK (Ergebnis 2004)	Festlegung HSK	Ergebnis 2005	mehr +/weniger - zur Bezugsgröße	mehr +/weniger - zu HSK
1	2	3	4	5	6	7	8 (5-7)
2	02000.66100	Kündigung Mitgliedschaft KGSt	3.300	-3.300	0	-3.300	0
8	UA 24210	Aufgabe OSZ Standort Schwedt/O Abt. 6	129.877	-32.300	124.740	-5.137	-27.163
15	UA 33210	Reduzierung Zuschuss PKO 1. Zuschuss lt. UA 2. anteilig Zuschuss für Musik u. Konzerte lt. Vertrag 3. Abfindungen	1. 540.362 2. 208.000 3. 613.700 = 1.362.062	-478.200	1. 18.049 2. 500.000 3. 368.100 = 886.149	-475.013	-2.287
18	UA 33301	Reduzierung Personalkosten Musikschule	470.764	-127.600	405.252	-65.512	-62.088
28	79100.57600 84000.71720	Zuschuss an Ländlichen Arbeitsförderverein	91.314	-2.100	92.865	+1.551	-3.651
31, 32, 33	Gr. 4	Reduzierung Personalkosten durch Altersteilzeit und andere Maßnahmen	Festlegung HSK (38.172.600) Ergebnis HSK 36.327.540	-935.100	35.352.540	-975.000	+39.900
34, 35	UA 79200	Abrechnung Nahverkehrsplan	Nahverkehrsplan alt 2.450.000	-80.000	2.430.775	-19.225	-60.775
41	UA 28106	Schließung GS C. Zetkin, AGM, 2003/2004	110.063	-110.063	0	-110.063	0
42	UA 23140	Schließung A.-Schweitzer-Gymn. SDT 2003/2004	125.089	-125.089	0	-125.089	0
44	UA 28108	Schließung Gesamtschule Lübbenow 2003/2004	94.773	-94.773	0	-94.773	0
45	UA 28300	Reduzierung Zuschuss durch Trägerwechsel Grundschule Boitzenburg	98.401	-98.401	22	-98.401	-22
46	UA 28101	Schließung Gesamtschule Klockow 2003/2004	81.010	-81.010	0	-81.010	0
47	UA 28320	Reduzierung Zuschuss durch Trägerwechsel Grundschulteil Gerswalde	71.821	-71.821	0	-71.821	0
50	00000.66100	Reduzierung Zuschuss Tourismusverband	153.400	-100.000	50.000	-103.400	+3.400



Lfd. Nr. HSK 2002	HHST/UA/Gr.		Bezugsgröße HSK (Ergebnis 2004)	Festlegung HSK	Ergebnis 2005	mehr +/- weniger - zur Bezugsgröße	mehr +/- weniger - zu HSK
1	2	3	4	5	6	7	8 (5 - 7)
57	UA 23150	Schließung „P. J. Lenne“-Gymnasium SDT, 2004/2005	249.000	-1.300	179.345	-69.655	+68.355
	gesamt	Ausgaben-/Zuschussreduzierung		2.341.057		-2.296.726	-44.331

Die Abrechnung zeigt, dass die vorgesehenen Einsparungen fast erreicht wurden. Insgesamt sollten mit den abgerechneten Maßnahmen Ausgaben- bzw. Zuschussreduzierungen von 2.341,1 T€ zur Bezugsgröße erreicht werden. Im Ergebnis wurden 2.296,7 T€ - also 44,3 T€ weniger - eingespart.

## 5.2 Einnahmeerhöhungen

Lfd. Nr. HSK 2002	HHST		Bezugsgröße HSK (Ergebnis 2004)	Festlegung HSK	Ergebnis 2005	mehr +/- weniger - zur Bezugsgröße	mehr +/- weniger - zu HSK
1	2	3	4	5	6	7	8 (5 - 7)
38	36000.10000	Verwaltungsgebühren Naturschutz und Landschaftspflege	8.205	+9.800	8.328	123	-9.677
52	11500.10010	Verwaltungsgebühren Wasserwirtschaft	55.642	+25.900	71.986	16.344	-9.556
53	11500.10020	Verwaltungsgebühren Abfallwirtschaft	6.186	+14.100	18.259	12.073	-2.027
64	11500.26000	Einnahmeerhöhung Verwarnungs- und Bußgelder	17.727	+42.300	14.412	-3.315	-45.615
	gesamt	Einnahmeerhöhung		+92.100		25.225	-66.875

Das Ergebnis zeigt, dass aus diesen Maßnahmen kein Konsolidierungsbeitrag erzielt werden konnte.

## 5.3 Ergebnisse der Haushaltskonsolidierung

Bereits in den Vorjahren hat der Landkreis systematisch alle Aufgabenbereiche auf Einsparpotenziale untersucht. Daraus resultieren die in den Haushaltssicherungskonzepten ausgewiesenen Einzelmaßnahmen. Diese Einzelmaßnahmen wurden im Rahmen der jährlichen Fortschreibung der Haushaltssicherungskonzepte abgerechnet. Die summierten Ergebnisse dieser Abrechnungen sind in der folgenden Übersicht zusammengefasst dargestellt. Bezugsbasis für die angestrebten und erreichten Ergebnisse war in der Regel das Ergebnis der Haushaltsrechnung des Vorvorjahres, da aufgrund der Erarbeitungszeitpunkte das Ergebnis des laufenden Haushaltsjahres noch nicht vorlag.





## 6 Übersicht über die Konsolidierungsergebnisse in Vorjahren

### 6.1 Haushaltssicherungskonzept 2001 - 2005, Abrechnung siehe HH-Plan 2003

Nr. im HSK	geplante Konsolidierungsgröße in Euro	realisierte Konsolidierungsgröße 2001 in Euro	weniger - / mehr + in Euro
5.1.	2.710.107	1.797.649	-912.458
5.2.	22.100	24.271	+2.171
	<b>2.732.207</b>	<b>1.821.920</b>	<b>-910.287</b>

### 6.2 Haushaltssicherungskonzept 2001- 2005, Abrechnung siehe NTHH-Plan 2003

Nr. im HSK	geplante Konsolidierungsgröße in Euro	realisierte Konsolidierungsgröße 2002 in Euro	weniger - / mehr + in Euro
5.1.	1.735.519	2.586.749	+851.230
5.2.	31.200	19.031	-12.169
	<b>1.766.719</b>	<b>2.605.780</b>	<b>839.061</b>

### 6.3 Haushaltssicherungskonzept 2002 - 2006, Abrechnung siehe HH-Plan 2004

Nr. im HSK	geplante Konsolidierungsgröße in Euro	realisierte Konsolidierungsgröße 2003 in Euro	weniger - / mehr + in Euro
5.1.	1.477.700	1.605.700	+128.000
5.2.	60.400	22.100	-38.300
	<b>1.538.100</b>	<b>1.627.800</b>	<b>89.700</b>

### 6.4 Haushaltssicherungskonzept 2004 - 2008, Abrechnung siehe HH-Plan 2006

Nr. im HSK	geplante Konsolidierungsgröße in Euro	realisierte Konsolidierungsgröße 2004 in Euro	weniger - / mehr + in Euro
7.1.	2.069.900	3.321.200	+1.251.300
7.2.	28.900	-20.100	-49.000
	<b>2.098.800</b>	<b>3.301.100</b>	<b>1.202.300</b>

### 6.5 Haushaltssicherungskonzept 2005 - 2009, Abrechnung siehe Pkt. 5.1 und Pkt. 5.2, HH-Plan 2007

Nr. im HSK	geplante Konsolidierungsgröße in Euro	realisierte Konsolidierungsgröße 2004 in Euro	weniger - / mehr + in Euro
5.1.	2.341.057	2.296.726	-44.331
5.2.	92.100	25.225	-66.875
	<b>2.433.157</b>	<b>2.321.951</b>	<b>-111.206</b>

### 6.6 Fazit

Die Konsolidierungsergebnisse zeigen, dass der Landkreis in den Jahren 2001 bis 2003 erhebliche Ausgabenreduzierungen vorgenommen hat und diese in den Jahren 2004 und 2005 noch verstärken konnte. Im Jahr 2006 ist ein Gesamtkonsolidierungspotenzial von 4,5 Mio. € zur Bezugsbasis dargestellt.

**7 Maßnahmen der Konsolidierung (Haushaltssicherungskonzept 2006 – 2010)****7.1 Maßnahmen im Personalbereich (Angaben in 1.000 EURO)**

Lfd. Nr.	Amt/Dezernat	HHST UA Gr.	Maßnahme	Reduzierung					
				2006	2007	2008	2009	2010	Summe
1	011		Stellenreduzierung ggü. Plan Vorjahr	8,2	5,225	6,2	8,6	5,2	33,425
			Konsolidierungspotenzial ggü. 2005 in T€	246,0	402,75	588,75	846,75	1.002,75	3.087,0
Die Stellenreduzierung ergibt sich aus dem Stellenplan. Es wurde mit einer Einsparung 30 T€ je Stelle gerechnet									

**7.2 Maßnahmen im Finanzbereich (Angaben in 1.000 EURO)**

Lfd. Nr.	Verantw. Amt/Dezernat	HHST/UA	Maßnahme	Bezugsgröße (Ergebnis 2005)	Ausgabenreduzierung					
					2006	2007	2008	2009	2010	Summe
2	20	91000.80650	Reduzierung Kassenkreditzinsen durch Mehreinnahmen bei Abfallgebühren	0,0	0,0	13,5	13,5	13,5	13,5	54,0
Jährliche Mehreinnahmen in Höhe von 720 T€ bei Abfallgebühren aufgrund Änderung der gesetzlichen Grundlagen.										

**7.3 Maßnahmen im Sachkostenbereich (Angaben in 1.000 EURO)**

Lfd. Nr.	Verantw. Amt/Dezernat	HHST / UA	Maßnahme	Bezugsgröße (Plan 2006 plus 3%)	Ausgaben Ausgabenreduzierung					
					2006	2007	2008	2009	2010	Summe
3	65, 20	alleUA ohne 16000, 21-29, 40501, 40503, 40504, 61200, 650xx Gr. 50-66 ohne 57590, 631xx, 63900, 64050,	Kompensation Mehrwertsteuererhöhung bei nicht kostenrechnenden Einrichtungen und nicht separat im HSK dargestellten Abschnitten/ Maßnahmen	4.654,5	4.413,6 240,9	4.506,1 148,4	4.499,3 155,0	4.471,4 183,1	727,4	



#### 7.4 Maßnahmen im kulturellen Bereich (Angaben in 1.000 EURO)

Lfd. Nr.	Amt/Dezer-nat	HHST/UA	Maßnahme	Bezugs-größe (Ergebnis 2005) gerundet	Ausgabenreduzierung					
					2006	2007	2008	2009	2010	Summe
4	40	UA 33210, 34000	Reduzierung Zuschuss Preußisches Kammerorchester	881,3	134,3	381,3	381,3	381,3	381,3	1.659,5
<p>Unter Beachtung gegebener Rahmenbedingungen i.V.m. den KT - Beschlüssen DS-Nr.: 72/2004 und 111/2004 wird auf vertraglicher Grundlage mit der Uckermärkischen Kulturagentur gGmbH ab 01.08.2004 ein Orchesterangebot im Landkreis bereitgestellt. Der Landkreis ist nicht mehr Träger eines Orchesters. Leistungen werden nun auf vertraglicher Grundlage eingekauft.</p>										
5	080	79100. 57600	Reduzierung Zuschuss an Ländlichen Arbeitsförderverein	92,9	25,2	61,4	61,4	61,4	61,4	270,8
<p>Die bisherigen Ausgaben im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages wurden mit Beschluss des Kreisausschusses (DS 58/2006) vom 13.06.2006 reduziert.</p>										

#### 7.5 Maßnahmen bei Pflichtaufgaben (Angaben in 1.000 EURO)

Lfd. Nr.	Amt/Dezer-nat	HHST/UA	Maßnahme	Bezugs-größe (Ergebnis 2005) gerundet	Ausgabenreduzierung					
					2006	2007	2008	2009	2010	Summe
6	51	UA 45	Reduzierung Zuschuss Hilfen nach SGB VIII	10.489,1	0,0	249,2	862,7	862,7	1.211,9	3.186,5
<p>Durch Abschluss einer neuen Leistungs-, Qualitätsentwicklungs- und Entgeltvereinbarung (LQEV) für Hilfen nach dem SGB VIII werden die ausgewiesenen Einsparungen erwartet.</p>										
7	65	UA 65000-65020	Reduzierung Zuschuss an Kreisstraßenmeistereien	2.052,6	0,0	0,0	100,0	100,0	100,0	300,0
<p>Durch Änderung der betrieblichen Organisationsform sollen die ausgewiesenen Einsparungen erzielt werden.</p>										

#### 7.6 Konsolidierungseffekte im Zusammenhang mit der Wahrnehmung des Optionsmodells nach SGB II (Angaben in 1.000 EURO)

Lfd. Nr.	Amt/Dezer-nat	HHST/UA	Maßnahme	Bezugs-größe (Ergebnis 2005) gerundet	Ausgabenreduzierung					
					2006	2007	2008	2009	2010	Summe
8	52	UA 4050 Gr. 54000 54100 54500 54800 64000	Ausgabenreduzierung durch Kostenerstattung Optionsmodell SGB II	77,5	17,0	17,0	17,0	17,0	17,0	85,0
<p>Mit der Wahrnehmung des Optionsmodells nach SGB II werden bisher leer stehende Räumlichkeiten wieder wirtschaftlich genutzt. Kosten für Objektschutz, Heizung, Hauswartleistungen Reinigung und Versicherungen fallen als Fixkosten auch bei Nichtnutzung vorhandener Kapazitäten an. Mit der Nutzung dieser bisher ungenutzten Raumkapazitäten durch Wahrnehmung des Optionsmodells werden in dem ausgewiesenen Umfang Einsparungen durch den in den Erstattungen enthaltenen Fixkostenanteil erreicht. Dieser Fixkostenanteil hätte den Landkreis ohne Optionsmodell belastet.</p>										



Lfd. Nr.	Verantw. Amt/Dezernat	HHST/UA	Maßnahme	Bezugsgröße (Ergebnis 2005) gerundet	Einnahmeerhöhung					
					2006	2007	2008	2009	2010	Summe
9	20	UA 01000, 02200, 02300, 03000, 03500, 06000, 60000 Gr. 16903	Umlage erstattungsfähiger Gemeinkosten durch Wahrnehmung Optionsmodell nach SGB II (87,25 %)	1.142,3	269,9	462,1	462,1	462,1	462,1	2.118,3

Mit Wahrnehmung des Optionsmodells für den Bund greift die gesetzlich festgelegte Regelung zur Kostenerstattung. Zu den erstattungsfähigen Kosten gehören nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen der Kostenkalkulation regelmäßig die anteilmäßigen Verwaltungsgemeinkosten. Nach der vorliegenden Berechnung entfallen die ausgewiesenen Erstattungen auf die angegebenen Unterabschnitte, die somit diese Einnahmen zugeordnet bekommen und in den ausgewiesenen Größenordnungen zur Konsolidierung beitragen. Nach vorliegenden Berechnungen beträgt der Erstattungsanteil zurzeit 87,25 % der anfallenden Kosten für die Wahrnehmung des Optionsmodells.

### 7.7 Maßnahmen im Bereich Schulen (Angaben in 1.000 EURO)

Lfd. Nr.	Amt/Dezernat	HHST/UA	Maßnahme	Bezugsgröße (Ergebnis 2005) gerundet	Ausgabenreduzierung					
					2006	2007	2008	2009	2010	Summe
10	40	UA 22 bis 28	Schulschließungen aufgrund der Schulentwicklungsplanung	1.856,2	130,1	220,0	480,0	561,5	642,3	2.033,9

Beschlüsse des Kreistages DS-Nr.: 42/2001, DS-Nr.: 45/2001, DS-Nr.: 164/2003, DS-Nr.: 194/2004, DS-Nr.: 195/2004, DS-Nr.: 122/2005, DS-Nr. 125/2005.

### 7.8 Maßnahmen zur Verbesserung der Einnahmesituation (Angaben in 1.000 EURO)

Lfd. Nr.	Amt/Dezernat	HHST / UA	Maßnahme	Bezugsgröße (Ergebnis 2005) gerundet	Einnahmeerhöhung					
					2006	2007	2008	2009	2010	Summe
11	20	Gr. 07200	Höhere Kreisumlagebeträge	38.629,5	3.428,8	1.731,5	3.110,3	4.339,8	5.820,4	18.430,8
Aufgrund des Anstiegens der Umlagegrundlagen unter Beibehaltung des Hebesatzes werden sich die Absolutbeträge aus Kreisumlage in den kommenden Jahren stark erhöhen.										
12	32, 63, 68	Gr. 10000, 10010	Höhere Verwaltungsgebühren (ohne Ersatzvornahmen)	2.644,9	22,3	123,2	145,5	145,5	145,5	582,0
Ausgehend vom Ergebnis der Jahresrechnung 2005 ist für den Finanzplanungszeitraum 2006 – 2010 eine Erhöhung der Einnahmen zu erwarten.										
13	20, 32, 63, 68	Gr. 26	Höhere Verwarnungs-, Buß- und Zwangsgelder	241,3	112,7	117,6	117,6	117,6	117,6	583,1
Durch konsequente Anwendung von Vollstreckungsmaßnahmen, bei Mahngebühren, Verzugszinsen und Säumniszuschlägen werden zusätzliche Einnahmen erwirtschaftet. Weiterhin wird mit höheren Verwaltungsgebühren in den Bereichen des Ordnungsamtes, des Landwirtschafts- und Umweltamtes und des Bauordnungsamtes gerechnet. Dies zieht erfahrungsgemäß ein Ansteigen der Einnahmen aus Verwarnungs- Buß- und Zwangsgelder nach sich.										
14	20	Gr. 06160	Antrag gem. § 16 FAG Sonderbedarf			2.100,3				2.100,3



## 7.9 Zusammenfassung

	2006	2007	2008	2009	2010	Summe
Gesamt-Konsolidierungspotential zur Bezugsgröße „Ergebnis 2005“ in 1.000 €	4.386,3	6.120,8	6.488,6	8.064,1	10.158,8	35.218,6